

*Reinhard Heinisch*  
*gemeinsam mit Carsten Wegscheider*

## Zum Verhältnis des Populismus zur liberalen Demokratie

### 1 Einleitung

Die jüngsten Erfolge populistischer Kräfte in Europa gehen oftmals einher mit einem Verfall der politischen Sitten und einer Verrohung des politischen Diskurses, und die soziale und politische Polarisierung bedroht zunehmend den Zusammenhalt demokratischer Gesellschaften. Politische Gegner werden zu Feinden und Verrätern des Volkes gestempelt, die es zu vernichten gilt, da sie dem *wahren Volkswillen* vermeintlich widersprechen. Ein früher Vertreter dieses Trends und ehemaliger Vorsitzender der FPÖ, Jörg Haider, sprach von „roten und schwarzen Filzläusen, die mit Blausäure bekämpft werden sollten“ (Lackner et al. 1994). Donald Trump rief im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf dazu auf, seine demokratische Gegenkandidatin Hillary Clinton einzusperren. In unserem Nachbarland Ungarn geht die Hetze gegen Regierungskritiker sogar von den höchsten Stellen im Staat aus. Das Jahr 2019 wird in die Geschichte als jenes eingehen, in dem Ungarn als das erste und einzige Land der Europäischen Union von der renommierten Organisation Freedom House, welches die Freiheitsrechte weltweit dokumentiert, als nur teilweise frei („partly free“) eingestuft wird. Die Änderung dieses Status wird wie folgt begründet:

Hungary's status declined from Free to Partly Free due to sustained attacks on the country's democratic institutions by Prime Minister Viktor Orbán's Fidesz party, which has used its parliamentary supermajority to impose restrictions on or assert control over the opposition, the media, religious groups, academia, NGOs, the courts, asylum seekers, and the private sector since 2010. (Freedom House 2019)

Die ungarische Regierung unter Viktor Orbán geht für mitteleuropäische Verhältnisse mit beispieleloser Härte nicht nur gegen Nichtregierungsorganisationen, Medien, und wissenschaftlicher Einrichtungen vor, sondern bedient sich gezielt antisemitischer und fremdenfeindlicher Vorurteile, um die Bevölkerung im eigenen Sinn zu beeinflussen. Unter der zunehmenden Hegemonie der Partei Fidesz ist der Staat nicht mehr länger eine im Grunde neutrale Einrichtung jenseits der Parteien, sondern längst ein Instrument der Regierungspartei. Dies lässt sich etwa an den Schulbüchern, die nun die Parteiideologie vertreten, ebenso ablesen, wie an der Entscheidung des Regierungschefs, ein ganzes ideologisch unliebsames Universitätsfach, Gender-Studies, einfach abzuschaffen (Oppenheim 2018). Die Macht der Regierung gründet sich auf drei sukzessive „Verfassungsreformen“, die es der Partei Orbáns erlauben, mit knapp 45 Prozent der Wählerschaft beinahe 67 Prozent der Sitze im Parlament zu halten. Auch in Polen kam es nach der Machtübernahme der Partei Recht- und Gerechtigkeit (PiS) zu Verfassungsänderungen und in der Folge zu einem Konflikt mit dem dortigen Verfassungsgerichtshof, den die Regierung mit gefügigen Richtern zu besetzten gedachte. Ähnliches lässt sich von Venezuela und Bolivien berichten. Auch dort versuchten populistische Machthaber ihre politische Vorherrschaft durch Verfassungsänderungen zu prolongieren. Doch Versuche konstitutionelle Schranken und rechtliche Vorgaben auszuhebeln sind nicht nur Kennzeichen junger oder unreifer Demokratien sondern generell dort manifest, wo Populisten Machtpositionen einnahmen. Angriffe auf die Rechtsstaatlichkeit kennen wir etwa auch von Italiens Innenminister Salvini oder selbst von seinem österreichischen Pendant, Herbert Kickl, der Teile der in der Verfassung verankerten Menschenrechtskonvention aussetzen möchte. Auch Jörg Haider ist hier hinzuzuzählen, zumal sich als Kärntener Landeshauptmann weigerte, ein Erkenntnis zu den zweisprachigen Kärntner Ortstafeln umzusetzen und den Verfassungsgerichtspräsidenten persönlich beschimpfte. Dennoch ist der Populismus im Gegensatz zu autoritären Bestrebungen per se nicht antidemokratisch. Populisten rufen an sich weder zur Gewalt noch boykottieren sie demokratische Entscheidungsprozesse. Im Gegenteil sie fordern oft genug einen Ausbau der direkten Demokratie, da das Volk quasi immer Recht habe und dessen Entscheidungen können

nicht von angewählten Institutionen, wie Gerichte oder Medien hinterfragt oder gar beschränkt werden.

## 2 Der Populismusbegriff

Drei unterschiedliche Populismuskonzeptionen sollten nicht verwechselt werden: der Populismus als Stil (Jagers und Walgrave 2007; Moffit und Tormey 2014), der etwa den Habitus und das Sprachverhalten des Stammtisches bezeichnet; der Populismus als Mobilisierungsstrategie oder strategischer Diskurs (Laclau 2005; Weyland 2001), darunter versteht man stark emotionale Apelle, bewusste Überzeichnungen, Tabubrüche, und grobe Vereinfachungen, um auf schrille Weise auf sich oder seine Ziele aufmerksam zu machen; den Populismus als eine Art Ideologie oder Ideensystem (Mudde 2004; Mudde und Rovira Kaltwasser 2017, Heinisch und Mazzoleni 2017). Letzteres definiert sich einerseits durch die ständige Bezugnahme auf einen abstrakten und homogenen Volksbegriff. In der Regel wird von einem wahren und rechtschaffenen Volk ohne Klassenunterschiede und Interessensgegensätze gesprochen. Als Beispiel sei hier an ein früheres Werbeplakat der FPÖ erinnert, das lautete „Dem Volk sein Recht“.

Dieser abstrakten und unscharfen Konzeption von Volk sind auch die typischen im Populismus verwendeten Begriffe wie „anständige Österreicher“, „echte Kärntner (wer sind die unechten?)“ oder „Heartland Americans“ geschuldet. Zweitens bezieht sich der ideologische Populismus auf eine dem Volk schadenwollende Elite oder volksfremde Gruppe. Auch diese Kollektive sind unscharf definiert und können nach Belieben geändert werden. Die Elite kann etwa etablierte Politiker und Parteien („Altparteien“), Bürokraten („Apparatchiks“), Brüssel („Eurokraten“), Sozialpartner („Privilegienritter“) Unternehmer („Konzernbosse“), Bankiers („Spekulanten“), Journalisten („Lügenpresse“), Experten und dergleichen umfassen. Zu den Volksfeinden zählen je nachdem auch Außenseitergruppen wie Minderheiten, Immigranten, Muslime oder Juden, oder wer sonst als außerhalb der *Volksgemeinschaft* stehend wahrgenommen wird. Um das Volk vor der vermeintlichen Ausbeutung durch Eliten und Volksfeinde zu schützen, vertreten Populisten Maßnahmen,

die glaubhaft einen radikalen Wandel und die Durchsetzung des allgemeinen Volkswillens versprechen sollen. Diese werden oft als Kombination von Feindbildern dargestellt, wie etwa die bedrohliche Darstellung von Muslimen auf Wahlplakaten rechtspopulistischer Parteien. Der Antagonismus zwischen einem homogenen, seiner Souveränität und Würde beraubten Volk auf der einen Seite und üblen Eliten auf der anderen ist somit das zentrale Wesensmerkmal des Populismus rechter aber auch linker Prägung. Der grundsätzliche Glauben an einen Gegensatz zwischen dem *guten Volk* und der üblen *und korrupten Elite* (Heinisch und Mazzoleni 2017; Mudde 2004) ist das wohl zentrale Charakteristikum des modernen Populismus.

Mit diesem Zugang ist der Populismus zunächst *anti-politisch* und *anti-pluralistisch*, weil das Volk als geschlossene Einheit mit einer einheitlichen Meinung dargestellt wird. All diejenigen, die eine andere Position vertreten, sind erklärte Gegner des Volkes, denen keine politische Legitimität zugestanden wird. Politische Kompromisse gelten als Verrat und politische Gegner werden als Feinde deklariert, was wiederum die typische Kooperation über Parteigrenzen hinweg praktisch unmöglich macht und zu dauerhaften Koalitionen moderater Kräfte führt, weil die Zusammenarbeit mit den Radikalen schwieriger ist. Eine daraus resultierende Folge ist die zunehmende Wahl zwischen gefühltem Stillstand und radikalem Systemwechsel – ein Zustand, der sich in Österreich vor der Nationalratswahl 2017 und mittlerweile auch seit einigen Jahren in Deutschland beobachten lässt.

Da dieses ideologische Konstrukt des Antagonismus zwischen Volk und Elite im Kern ein sehr einfaches ist und über kein eigenes Wertesystem oder eigene Lösungen verfügt, muss es sich mit anderen Ideologien, so genannten Wirtsideologien, verbinden. Damit können Populisten die vermeintliche Ursachen der gesellschaftlichen Probleme erklären, um dann politisch rechte oder linke Lösungen anzubieten. Der Linkspopulismus sieht in der kapitalistischen Elite und einem einheitlichen globalen Ausbeutungssystem seine Feindbilder. Im Gegensatz zur klassischen Linke predigt er jedoch nicht die Klassenrevolution oder einen neuen Internationalismus sondern eher nationale Sonderwege und eine Rückbesinnung auf vielfach idealisierte Ursprünge der eigenen Gesellschaft, ablesbar et-

### *Zum Verhältnis des Populismus zur liberalen Demokratie*

wa an den Beschwörungen der Politik Simon Bolivars durch Hugo Chavez oder den romantisierten Darstellung des präkolumbianischen Boliviens von Evo Morales.

Für Europa stellt jedoch gegenwärtig der Rechtspopulismus die größere Herausforderung dar. Wie alle radikalen Rechten stellt sich auch der Rechtspopulismus gegen die Tradition der Aufklärung mit den Prinzipien des Liberalismus, Universalismus und Humanismus, und vertritt den Glauben an eine Hierarchie der Menschen aufgrund biologischer, rassistischer oder kultureller Unterschiede. Diesem Denken liegt eine Vorstellung über die unterschiedliche Wertigkeit von Menschen zugrunde. Im Gegensatz zur alten Rechten, die ihre vermeintliche intellektuelle, kulturelle und politische Überlegenheit über Kolonialismus und Ansprüche auf Lebensraum rechtfertigte, betont die neue Rechte eine ethno-pluralistische Sichtweise und damit die kulturelle Autonomie und Selbstbestimmtheit der Völker (Rydgren 2018). Damit bedient sich auch der Rechtspopulismus fremdenfeindlicher und kulturelrelativistischer Ideen, um ein idealisiertes Gesellschaftsbild zu entwerfen, in der die ethnisch und kulturell unverfälschte Bevölkerung harmonisch zusammenlebt.

Bei einer Verbindung mit nationalistischen, nativistischen, rassistischen oder ethnokratischen Vorstellungen entstehen somit Rechtspopulismus oder bei radikalen sozialen Umverteilungsforderungen gegenüber Eliten im Namen „des Volkes“ der Linkspopulismus. Der Populismus bietet dabei stets das Versprechen einer radikalen Veränderung.

Daher muss auch betont werden, dass beim Verhältnis zwischen Populismus und Demokratie für letztere unterschiedliche Bedrohungen ausgehen. Es gibt solche, die einer populistischen Logik entspringen und solche die der linken oder rechten Ideologie geschuldet sind. Selbst wenn man dieses Verhältnis auf den Populismusbegriff reduziert, bieten sich immer noch mindestens drei Möglichkeiten, wie der Populismus der Demokratie schaden könne: Erstens durch den Stil, was sich in einer Verrohung der politischen Kultur und Umgangsformen samt Radikalisierung niederschlägt; zweitens durch strategische und diskursive Vorgehensweisen, die den politischen Gegner dämonisieren und die politische Kompromissfähigkeit reduzieren; drittens, wie bereits erwähnt durch eine sukzessive Ausschaltung der verfassungsgemäßen Schranken der

Volkssouveränität und institutionellen Kontrollen der politischen Machthaber.

Ungeachtet der ideologischen Gemeinsamkeiten zwischen Rechts-/ Linkspopulismus und der extremen Rechten/Linken bedarf es auch der Abgrenzung. So ist beispielsweise der Rechtspopulismus Teil eines des sehr breiten Spektrums der zeitgenössischen radikalen Rechten, zu dem auch rechtsextreme Gruppierungen wie die Identitäre Bewegung, Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa), Reichsbürger und Neonazis gezählt werden. Im Gegensatz zu diesen extremistischen Gruppierungen, sind Populisten wie erwähnt in der Regel nicht gewaltbereit und auch nicht per se anti-demokratisch. Weshalb auch der Verhältnis des Populismus nicht zur Demokratie per se sondern zur *liberalen* Demokratie als zumindest problematisch anzusehen ist. Die Frage, die sich jedoch infolge stellt und hier noch diskutiert werden wird, ist, ob es überhaupt eine stabile Demokratie ohne liberale Dimension geben kann.

### 3 Der Erfolg der Populisten und die Konsequenzen für die Demokratie

Das wir uns mit der möglichen Bedrohung auseinandersetzen müssen, welche der Populismus linker oder rechter Ausprägung für die Demokratie darstellt, ist in erster Linie seinem großen Erfolg in den letzten Jahren geschuldet. War er einst ein Randphänomen, beschränkt auf politische Systeme geprägt von spezifischen Problemen wie öffentliche Korruption und überbordender Parteienherrschaft, haben sich populistische Parteien und Politiker längst in Staaten durchgesetzt, die etwa für ihre Transparenz und Effizienz bekannt sind, wie etwa die skandinavischen Länder oder die Schweiz. Auch alte Demokratien wie die USA oder Großbritannien sind nicht immun, wie die Wahl Donald Trumps oder der Brexit belegen. Überhaupt fällt auf, dass populistische Politik überall ungeachtet der institutionellen Voraussetzungen, politischen Spielregeln wie dem Wahlsystem, oder der geschichtlichen Entwicklung, wenn man etwa West-, Nord- und Südeuropa sowie Mittel- und Osteuropa vergleicht, erfolgreich ist. War anfänglich eine anti-systematische Partei oder Protestbewegung in einem Staat, so entstehen heute der-

### *Zum Verhältnis des Populismus zur liberalen Demokratie*

gleichen mehrere. In Italien sind die beiden größten Parteien, die Fünf Sterne Bewegung und die Lega Nord, populistische, die jeweils unterschiedlicher ideologischer Orientierungen anhängen. In Spanien entstehen parallel zur linkspopulistischen Partei Podemos die rechtspopulistische Vox.

Der Erfolg der Rechts und Linkspopulisten beruht einerseits auf einer sich allenthalben manifestierenden Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie. Große Teile der Bevölkerung haben den Eindruck oder werden davon überzeugt, dass ihre Anliegen von der Politik nicht mehr entsprechend vertreten werden. Daraus entsteht ein starker Wunsch nach Veränderung, wobei sich die Populisten sehr gekonnt als Veränderer und Bruch mit dem Status quo präsentieren. Den Erfolgen rechtspopulistischer Parteien gehen oft Fälle öffentlicher Korruption oder das Empfinden eines Kontrollverlustes angesichts schwindender Grenzen und unsichtbarer globaler Marktmechanismen voraus.

Rechtspopulisten haben auf dem politischen Marktplatz gewichtige Vorteile gegenüber der Konkurrenz. Im Gegensatz zu den etablierten Parteien können sie sich als Veränderer präsentieren und Forderungen stellen, die in ihrer Radikalität weit darüber hinausgehen, was innerhalb der Konventionen der bestehenden Politik möglich ist. Der Tabubruch und ihr unkonventioneller Politikstil sichert den Populisten auch eine maximale mediale Aufmerksamkeit. Gleichzeitig sind gerade populistische Parteien von einem autoritären Führungsstil gekennzeichnet, der einerseits die Aufmerksamkeit auf die Parteiführung lenkt und andererseits verhindert, dass aus der eigenen Partei Querschüsse kommen. Mainstream Politiker/innen sind hier im Gegensatz viel stärker der Kritik der eigenen Partei ausgesetzt. Dennoch sind populistische Parteien nicht rechts oder links *extrem*. Das heißt, sie sind in der Lage Wählerkreise anzusprechen, die eine extremistische Partei nie wählen würden.

Populisten sind in der Regel politisch flexibel, ambivalent und opportunistisch. Popularität damit häufig wichtiger als programmatische Prinzipien. Dadurch gelingt es populistischen Parteien und Politikern breite Wählergruppen von ganz radikal bis weit ins bürgerliche Lager und ins Arbeitermilieu anzusprechen. Sie vereinen damit all jene, die unzufrieden sind, indem sie jedem etwas versprechen und bieten ein Bündnis für diejenigen, die sich politisch

heimatlos fühlen. Für jemanden, der sich einen radikalen Wandel wünscht, sind Veränderungen wichtiger als die Folgen, die sich daraus ergeben.

Die programmatische Widersprüchlichkeit von Populisten verdeutlicht sich auch in der Doppelmoral, mit der einige Themen behandelt werden; mal werden die *links-grünen FeministInnen* beschuldigt, Frauen unnatürliche Werte einzureden und einen Genderwahn zu verfolgen, dann wiederum sind es der Islam und Muslime, die *unsere* emanzipierten Frauen und freiheitliche Gesellschaftsordnung bedrohen. Diese flexible und dünne Programmatik ist zugleich Schwachpunkt und Stärke der Populisten. Einerseits geraten Populisten oft in Bedrängnis, wenn sie nach konkreten Vorschlägen z. B. zur Digitalisierung oder Rentenreform befragt werden, und versuchen stattdessen, den Diskurs auf ihre Kernthemen wie Migration, Islam und die Ausbeutung des kleinen Bürgers zu lenken. Andererseits ermöglicht diese elastische Positionierung den Populisten, möglichst breite Wählergruppen anzusprechen und für Wahlen zu mobilisieren, was durch die Bereitschaft zu unkonventionellen Politikformen und Politikern neuen Typs zusätzlich verstärkt wird. Dies sind einige der entscheidenden Erfolgsfaktoren dieser Parteien. Dennoch führen die hierbei auftretenden programmatischen Widersprüche oft zu Problemen, vor allem wenn Populisten in Regierungsverantwortung kommen und diese Versprechungen umsetzen müssen, womit wir wieder bei den möglichen Gefahren sind, die populistische Parteien für die Demokratie darstellen.

#### 4 Zum Verhältnis des Populismus zur liberalen Demokratie

Vor allem in der Frühphase des neuen Populismus war die Ansicht weitverbreitet, dass der Populismus eine Art Korrektiv des demokratischen Systems sei, um verkrustete Strukturen aufzubrechen und einen zutiefst unzufriedenen Status Quo zu verändern. Im Zusammenhang mit der aufkommenden Diskussion um Parteienkartelle und Postdemokratie, ist es verständlich, dass der Populismus als Protestphänomen und Systemreinigung begriffen wurde. Auch die Populismusforschung bietet Belege dafür, dass Populisten es in der



Oppositionsrolle durchaus in der Lage sind, marginalisierte Wählergruppen anzusprechen oder politisch desillusionierte Bevölkerungsgruppen zu mobilisieren (Huber & Schimpf 2016).

Dennoch kann die These vom Populismus als Korrektiv demokratischer Fehlentwicklungen nicht wirklich aufrechterhalten werden, vor allem nicht unter Bedingungen, in denen Populisten die Regierung dominieren. Infolge gerät die liberale Demokratie unter großen Druck. Generell gibt es zwei Möglichkeiten, wie liberale Demokratien in illiberale Formen wechseln können: das geschieht einerseits von unten, durch illiberale Strömungen, bei denen durch Abstimmungen die mobilisierte Mehrheitsmeinung zum alleinigen Gradmesser der Politik wird und zwar ungeachtet verfassungsmäßiger Beschränkungen. Populisten fordern daher vielfach einen radikalen Wandel von der repräsentativen hin zur direkten Demokratie, womit die stille Hoffnung verknüpft ist, Rechtsstaat und Medien in den Griff zu bekommen. Der Populismus stellt sich dabei vor allem gegen demokratische Kontrollmechanismen und -institutionen, wie Journalisten und unabhängige Medien, Verfassungsgerichte und eine unabhängige Justiz sowie NGOs und internationale Organisationen.

Die zweite Form ist die autoritäre Demokratie von oben. Hierbei erfolgt die Zurückdrängung des Rechtsstaates und der freiheitlichen Grundordnung von oben, wobei staatliches Handeln an die (vermeintliche) Volksmeinung gebunden sind, die jedoch von der politischen Führung durch gezielte Kampagnen gesteuert wird. Der Prozess beginnt mit der systematischen Diskreditierung der freien Medien und Zivilgesellschaft. In weiterer Folge kommt es zu einer Aufweichung der Gewaltenteilung, wobei durch politische Interventionen oder Verfassungsänderungen, die Unabhängigkeit der Justiz kompromittiert wird. Mit der Zeit wird die autoritäre Demokratie zunehmend exekutivlastig. Der Staat wird ein Agent im parteipolitischen und gesellschaftspolitischen Wettbewerb, indem er etwa gegen bestimmten Bevölkerungsgruppen oder Personen Stimmung macht. In dieser Situation ist der Staat nicht mehr neutral, sondern folgt der parteipolitischen Agenda der Führung. So bilden etwa Schulbücher in Ungarn die ideologische Ausrichtung der herrschenden Regierungspartei ab. Ebenfalls ist die Kampagne Viktor Orbáns und der Fidesz Partei gegen George Soros längst nicht mehr die

politische Aktion einer Partei, sondern ein Angriff des ungarischen Staates auf bestimmte Personengruppen.

Das Primat der Exekutive vor anderen politischen Institutionen dient der gewählten politischen Führung, die Macht sukzessive auszubauen. Mangels fehlender politischer Freiräume oder unabhängiger Medien, haben es Oppositionskräfte schwer, sich zu organisieren oder sich entsprechend Gehör zu verschaffen.

Aus der populistischen Freund/Feind-Logik einer Partei wird somit die für uns/gegen uns Logik eines Staates und seiner Ressourcen. Das Operieren mit Verschwörungstheorien und Kampagnen gegen Innen- und Außenfeinden, sowie die Infragestellung von Fakten und die offene Lüge als normaler Teil des politischen Diskurses sind weitere Manifestationen dieser Form eines populistisch dominierten Staates. Die Radikalisierung des politischen Klimas und die Verschieben des gesellschaftlichen Konsenses sind eine weitere Folge dieser Politik. Staatliche Einrichtungen, die sich sonst einer gewissen Unabhängigkeit erfreuen, etwa Justiz, Rechnungshof, die Nationalbank oder Universitäten und andere wissenschaftliche Einrichtungen werden systematisch geschwächt oder destabilisiert. Die Spaltung der Gesellschaft wird bewusst in Kauf genommen, um auf diese Weise die Mehrheit der Bevölkerung in Zugzwang zu bringen, sich zwischen zwei Lagern zu entscheiden. Auf der einen Seite die Regierung, die viele Vorteile anzubieten vermag und auf der anderen, die Reste der Opposition und Zivilgesellschaft, die permanent im Verdacht stehen, mit den Feinden des Staates zusammenzuarbeiten. Ungarn ist jener Staat der EU, indem dieses Szenario bereits am weitesten fortgeschritten ist, doch finden sich auch in Polen erste Anzeichen dieser Entwicklung. Wenn man jedoch die politischen Veränderungen der letzten Jahre in Ungarn betrachtet, stellt sich die prinzipielle Frage, ob eine illiberale Demokratie überhaupt längerfristig möglich ist, oder ob es nicht doch nur eine Übergangsform zu einem autoritären System ist, wie es sich etwa auch in Venezuela abzeichnete und wie wir es heute in der Türkei oder Russland vorfinden.

Es ist schwer vorstellbar, dass eine die Staatsmacht kontrollieren- und von einem gewichtigen Teil der Bevölkerung getragene politische Führung sich selbst beschränken könne und je freiwillig eine dominante Position aufgeben würde, zumal sie im Falle des Machtverlustes mit Repressalien der Gegenseite zu rechnen hat. Selbst im

Fälle eines weniger autoritären Verlaufes populistischer Regierungsdominanz drohen mangels ausreichender Kontrolle der kollektive Irrtum und schwere politische Fehlentwicklungen. Hierbei sei etwa an die Amtszeit von Landeshauptmannschaft Jörg Haider erinnert, dessen populistische Politik den finanziellen Ruin des Landes Kärntens zur Folge hatte.

In den meisten Fällen kommt es nach den Erfolgen populistischer Kräfte nicht zu den versprochenen radikalen Veränderungen zugunsten des *kleinen Mannes*, sondern in erster Linie zu symbolischer Politik. Mit großen Gesten werden Pseudomaßnahmen ergriffen, die scheinbar mit bisherigen Gepflogenheiten aufräumen, aber in der Substanz wenig Wirkung zeigen. So betreffen beispielsweise die Kürzungen der Sozialleistungen für Ausländer und so genannter Sozialschmarotzer vor allem die untere Mittelschicht und damit viele derjenigen, die populistische Parteien wählen. Sobald jedoch die Kontrollmechanismen unabhängiger Gerichte, der Medien und der Oppositionsparteien ausreichend geschwächt sind, gedeiht im Umfeld populistischer Machteliten ein System von Korruption und Günstlingswirtschaft, wie ein Blick auf das Ungarn unter Orbán, die Entwicklungen unter den italienischen Populisten, das Umfeld von Donald Trump oder das System von Jörg Haider in Kärnten zeigt.

Die Politik der einfachen Lösungen und des Bauchgefühls erweist sich in der Regel nicht als zielführend. Das zeigt die Ankündigung von Donald Trump, dass Handelskriege etwas Gutes seien und leicht zu gewinnen sind, oder das Versprechen der Brexit-Befürworter, dass die Briten zukünftig 350 Millionen Pfund an wöchentlichen Beiträgen an die EU einsparen würden. Um von diesem politischen Scheitern abzulenken, mobilisieren Populisten gegen innere und äußere Feinde. und wettern wie im Fall Donald Trump sogar gegen die eigenen Behörden.

In jedem Fall sind populistische Parteien und Bewegungen dabei, sich in die Zentren der politischen Macht zu bewegen. Ihr Stimmenanteil steigt von Wahl zu Wahl an und man rechnet damit, dass im nächsten Europäischen Parlament mehr als 25 Prozent der Sitze von euroskeptischen und populistischen Parteien eingenommen werden. Daher sollte die von Populisten ausgehende Bedrohung für die liberale Demokratie als eine Bedrohung für die Demokratie in jeder Form angesehen werden.

## Literatur

- Freedom House. 2019. Freedom in the World – Hungary. <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2019/hungary>
- Heinish, Reinhard, und Oscar Mazzoleni. 2017. „Analysing and Explaining Populism: Bringing Frame, Actor and Context back in“. *Political Populism. A Handbook*, Hrsg. Reinhard Heinish, Christina Holtz-Bacha, und Oscar Mazzoleni, 105–122. Baden-Baden: Nomos.
- Huber, Robert A., and Christian H. Schimpf. 2016. „A Drunken Guest in Europe?: The Influence of Populist Radical Right Parties on Democratic Quality.“ *Zeitschrift Für Vergleichende Politikwissenschaft* 10 (2): 103–29.
- Lackner, Herbert, Andreas Weber, und Christa Zöckling. 1994. „Wir sind nicht aufzuhalten“, profil, Nr. 17.
- Laclau, Ernesto. 2005. *On Populist Reason*. London: Verso.
- Jagers, Jan und Stefaan Walgrave. 2007. „Populism as political communication style: An empirical study of political parties’ discourse in Belgium“, *European Journal of Political Research*, 46(3): 319–45.
- Moffit, Benjamin, und Simon Tormey. 2014. „Rethinking Populism: Politics, Mediatisation and Political Style“, *Political Studies*, 62(2): 381–97.
- Mudde, Cas. 2004. „The Populist Zeitgeist“, *Government and Opposition*, 39(4): 541–63.
- Mudde, Cas, und Christóbal Rovira Kaltwasser. 2017. *Populism: A Very Short Introduction*. Oxford: Oxford University Press.
- Oppenheim, Maya. 2018. „Hungarian Prime Minister Viktor Orban bans gender studies programmes“. The Independent 24 October. <https://www.independent.co.uk/news/world/europe/hungary-bans-gender-studies-programmes-viktor-orban-central-european-university-budapest-a8599796.html>
- Rydgren, Jens. 2018. „The Radical Right: An Introduction“. *The Oxford Handbook of the Radical Right*, Hrsg. Jens Rydgren, 1–14. New York: Oxford University Press.
- Weyland, Kurt. 2001. „Clarifying a Contested Concept: Populism in the Study of Latin American Politics“, *Comparative Politics*, 34(1): 1–22.